



Kurz will neue Behörden nicht in Wien ansiedeln

OÖ Nachrichten | Seite 1 | 8. April 2019
Auflage: 120.983 | Reichweite: 367.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Kurz will neue Behörden nicht in Wien ansiedeln

- Der Bundeskanzler kündigt weniger Zentralisierung an
- 68 von 71 Bundesstellen haben ihren Sitz in der Hauptstadt

LINZ. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kündigt an, dass neue Behörden und Institutionen künftig nicht in Wien angesiedelt werden sollen. Das sagte er bei der Veranstaltung „60 Minuten mit dem Bundeskanzler“ im OÖNachrichten-Forum.

68 von 71 Bundesstellen haben ihren Sitz in Wien. An dieser Zentralisierung gibt es von vielen Seiten Kritik, zuletzt von der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS), deren Leiter der langjährige ÖVP-Bundesrat Gottfried Kneifel ist. In Bayern und der Schweiz wer-



Foto: Weibold

Sebastian Kurz zu Gast bei den OÖN

den Institutionen dezentralisiert, um die Regionen und den ländlichen Raum zu stärken. In Österreich werden hingegen auch die vier jüngsten Bundeseinrichtungen in Wien angesie-

delt: die Zentrale der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), die Digitalisierungsagentur, das neue Bundesamt für Steuer-Betrugsbekämpfung und die geplante Bundesasylagentur.

Kurz sagte bei den OÖNachrichten, dass die Dezentralisierung von Bundesstellen „die richtige Idee“ sei. „Ich teile dieses Prinzip, und wir werden das in Zukunft bei neuen Institutionen und Behörden genau so machen.“ Bei bestehenden Stellen sei eine Umsetzung jedoch schwierig. »Seite 2